

Rheinpfalz 21.12.96

Freisprüche für alle Angeklagte im Mainzer Mißbrauchsprozeß

Gericht sieht Tatverdacht allerdings nicht ausgeräumt

► MAINZ (rö). Mit Freisprüchen endete gestern am Mainzer Landgericht der erste Prozeß im bundesweit bisher größten Strafverfahren wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern. Der Vorsitzende Richter Jens Beutel machte jedoch klar, daß die Kammer nicht wegen erwiesener Unschuld der sechs Angeklagten zu diesem Urteil gekommen sei. Die Beschuldigten müßten damit leben, „daß der Verdacht nicht ausgeräumt ist“.

Die Staatsanwaltschaft hatte den in Worms wohnenden beiden Schwestern, deren Ehemännern und Brüdern vorgeworfen, sich in insgesamt 80 Fällen gemeinschaftlich an acht zum Teil eigenen oder anverwandten Kindern vergangen zu haben. Einige von ihnen seien auch gegen Geld fremden Männern überlassen worden. Während von

der Anklage dafür Haftstrafen zwischen acht und 14 Jahren gefordert wurden, hatten die Verteidiger auf Freispruch für ihre, alle Beschuldigungen bestreitenden, Mandanten plädiert.

Das Gericht zeigte sich zwar generell überzeugt, „daß die Mehrzahl der Kinder Opfer von sexuellem Mißbrauch sind“, doch sei es nicht möglich, die Taten zeitlich, örtlich und personenbezogen zuzuordnen. Die Beweisaufnahme zu dem „sehr abstrakten Vorwurf“, so Vorsitzender Beutel, habe teilweise zu widersprüchliche, nicht stimmige und zum Großteil unbrauchbare Aussagen ergeben. Er kritisierte die „nicht ausreichende Beweissicherung“ und

Vorgehensweise bei Befragungen der kleinen Zeugen im Vorfeld des Prozesses. Das Gericht wertete die Aussagen als Mischung von Erlebtem, Phantasie und Vorgesagtem. Aus diesem „Beweispuzzle“ lasse sich kein überzeugendes Gesamtbild formen.

Angehörige und Freunde der Angeklagten quittierten das Urteil im Gerichtssaal mit lautem Jubel. Die enttäuschte Staatsanwaltschaft dagegen kündigte bereits an, Revision einzulegen. Die Nebenkläger wollen sich dies vorbehalten. „Für uns muß es erste Priorität haben, daß die Kinder nicht zurück müssen in ihre Familien“, sagte die Rechtsanwältin Birgit Kulzer zur RHEINPFALZ.

—Kommentar: Seite 2
—Weiterer Bericht Seite 3

KOMMENTAR

UNBEHAGEN BLEIBT

VON MARTINA RÖBEL

► Die Freisprüche im aufsehenerregenden Mißbrauchsprozeß am Mainzer Landgericht sind keine Überraschung. Dieser Ausgang des zweijährigen Mammutverfahrens hatte sich spätestens abgezeichnet, nachdem das Gericht sämtliche Haftbefehle aufhob, weil es keinen dringenden Tatverdacht mehr sah.

Schon recht bald nach Verhandlungsbeginn wurde klar, daß das Gerüst, auf dem die Staatsanwaltschaft die Anklage aufgebaut hatte, zu wenig stabil war, um den Angriffen der Verteidigung stand zu halten. Beweise für die Täterschaft konnten die Ankläger nicht bieten. Zu sehr setzten sie auf die Aussagen der mutmaßlichen Opfer – nach Ansicht der Gegenseite Ergebnis suggestiver Befragungen. Womit sich erneut zeigte, wie eminent wichtig auf hieb- und stichfeste Art geführte Vorermittlungen für jedes Strafverfahren sind.

Mit der außerordentlich fundierten Urteilsbegründung ließ das Gericht jedoch aufhorchen. Denn an-

Das Urteil im Mainzer Mißbrauchsprozeß ist keine Überraschung.

ders als von vielen vermutet, hob es kaum auf jene Gutachter-Erklärungen ab, die der Argumentation der Verteidiger dienten. Die Kammer machte klar, daß der Tatverdacht keineswegs gänzlich ausgeräumt ist.

Der Prozeß „Worms I“ hinterläßt denn auch Zweifel und Unbehagen. Und was eine Verhandlung, die derart unter die Gürtellinie geht, für die Betroffenen bedeutet, läßt sich für Außenstehende nur erahnen.

Positiv an dem gesamten Verfahrenskomplex ist bisher nur eines: Daß in zweien der drei Prozesse erstmals in der Bundesrepublik kleine Zeugen allein von einem Richter vor einer Videokamera statt in einem Gerichtssaal voll fragender und vorwurfsvoller Augen vernommen wurden. Mit einer vom Bundesrat einheitlich mitgetragenen Initiative setzt sich Rheinland-Pfalz dafür ein, daß diese Möglichkeit – auch schon bei der allerersten Vernehmung – in der Strafprozeßordnung festgeschrieben wird.

Rheinpfalz 21.12.96